

Strafgesetzbuches, welcher die Landesverweisung regelt, demnächst zur Vernehmlassung kommen wird und dass auch das Anag, welches die fremdenpolizeiliche Wegweisung enthält, revidiert werden soll.

Die parlamentarische Initiative lehnen wir deshalb ab. Ein grosser Teil der CVP-Fraktion unterstützt jedoch die Motion der Kommissionsminderheit, aus der Ueberlegung heraus, dass hier Handlungsbedarf besteht – wir haben das auch vom Justizdirektor des Kantons Zürich gehört –, und aus der Ueberlegung heraus, dass wir dem Bundesrat für seine Revisionsarbeiten eine Stossrichtung aufzeigen wollen.

Dreher: Die APS-Fraktion beantragt Ihnen, der parlamentarischen Initiative Moser zuzustimmen, eventualiter die Motion der Minderheit Allenspach zu unterstützen.

Wenn Sie als Volksvertreter einmal in die Kreise derjenigen hinaushören, die sie hier vertreten sollten, derjenigen, die Sie mit Proporz hier hineinwählen, werden Sie etwas ganz anderes hören, als was hier vorgetragen wird. Das Volk empfindet ist ganz anders, als seine Vertreter es hier behaupten.

Halten wir uns doch an die Fakten. Der Ausländeranteil in Schweizer Strafanstalten und Gefängnissen im Jahre des Herrn 1992 betrug 45 Prozent, bei einem statistischen Bestand von etwa 20 Prozent Ausländern. Der Ausländeranteil in den geschlossenen Gefängnisanstalten war im Jahre 1992 geradezu sensationell hoch. In Regensdorf hatten wir 30,9 Prozent Schweizer und 69,1 Prozent Ausländer; in Bostadel 18,6 Prozent Schweizer und 81,4 Prozent Ausländer; auf dem Thorberg 25,4 Prozent Schweizer – da gehörte Herr Bruno Zwahlen noch dazu – und 74,6 Prozent Ausländer. Diese Zahlen sprechen doch für sich. Natürlich ist die Initiative Moser nicht perfekt, das sage auch ich nicht. Aber die konkrete Frage ist doch: Was wurde bis heute getan? Es ist doch so, dass die linkspopulistische Asylpolitik des Bundesrates dazu führt, dass mehr und mehr kriminelle Asylanten in dieses Land kommen, hier ihre Drogengeschäfte machen, verhaftet werden, freigelassen werden, verhaftet werden, freigelassen werden und immer noch da sind. Und die Behörden, vor allem die politischen Behörden, machen so gut wie nichts. Dass sich da Zündstoff bildet, liegt doch auf der Hand. Sie müssen sich somit nicht beklagen, wenn Entwicklungen eintreten, die nur schwer unter Kontrolle zu bringen sind.

Es ist Ihre Aufgabe, auf Bundesebene einen Pflock einzuschlagen und für Ordnung zu sorgen. Ich weiss, dass Sie das nicht gerne machen, weil Sie Kritik von links und linksausen, von den Medien und vom Fernsehen befürchten und weil man in diesem Staat mehr und mehr «Humanität» anstelle von «Dekadenz» sagt. Wir haben eine dekadente Strafverfolgung und eine dekadente Strafjustiz – das ist der Punkt. Und da werden Veränderungen eintreten müssen, sonst wird es ganz böse enden, aber nicht für uns.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission (keine Folge geben)	85 Stimmen
Für den Antrag Moser (Folge geben)	39 Stimmen

93.3025

Motion RK-NR 92.421 (Minderheit Allenspach) Landesverweisung für Ausländer

Motion CAJ-CN 92.421 (minorité Allenspach) Expulsion de délinquants étrangers

Wortlaut der Motion vom 18. Januar 1993

Der Bundesrat wird beauftragt, StGB und Anag dahin abzuändern, dass eine strafrechtlich unbedingt ausgesprochene Landesverweisung bei Ausländern, die wegen Gewaltverbrechen, Sittlichkeitsdelikten, bewaffneten Raubüberfällen, Drogenhandel zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden sind, von den Verwaltungsbehörden nicht aufgeschoben werden darf. Soweit die obgenannten Verbrechen auf eine besonders verwerfliche Gesinnung des Täters schliessen lassen, kann eine strafrechtlich unbedingte Landesverweisung auf Lebzeiten schon bei der Ersttat ausgesprochen werden.

Texte de la motion du 18 janvier 1993

Le Conseil fédéral est chargé de modifier le Code pénal et la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers de telle façon qu'une expulsion pénale inconditionnelle du territoire suisse des étrangers qui ont été condamnés pour violences, pour infractions contre les mœurs, pour brigandage, pour commerce de stupéfiants, à une peine de réclusion, ne puisse pas être remise par les autorités administratives.

Une expulsion pénale inconditionnelle à vie peut être prononcée lors de la première infraction, si les délits mentionnés ci-dessus permettent de conclure à la bassesse de caractère du délinquant.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Frey Claude, Heberlein, Iten Joseph, Reimann Maximilian, Sandoz, Scherrer Jürg, Stamm Luzi, Vetterli, Zölch (9)

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 8. März 1993

Gemäss Artikel 55 Absatz 2 des Strafgesetzbuches (StGB) hat die zuständige Behörde über den probeweisen Aufschub einer vom Gericht gegen einen Ausländer oder eine Ausländerin angeordneten unbedingten Landesverweisung nur dann zu befinden, wenn vorgängig entschieden wurde, die betroffene Person bedingt aus dem Strafvollzug zu entlassen. Dieser Zusammenhang wird gerne übersehen. Nach Artikel 38 Ziffer 1 StGB ist eine verurteilte Person, ob schweizerischer oder ausländischer Nationalität, nach Verbüsung von mindestens zwei Dritteln ihrer Strafe bedingt zu entlassen, wenn ihr Verhalten im Strafvollzug nicht dagegen spricht und insbesondere wenn anzunehmen ist, sie werde sich in Freiheit bewähren. Die vorzeitige Strafentlassung spielt eine wichtige Rolle im Hinblick auf das gemäss Artikel 37 Ziffer 1 Absatz 1 StGB vorrangige Ziel der Strafe, die Verurteilten zu resozialisieren, d. h. wieder so in die Gesellschaft einzugliedern, dass sie nicht mehr straffällig werden. Vor diesem Hintergrund ist die Kompetenz der Vollzugsbehörde zum probeweisen Aufschub der Landesverweisung gegen Ausländer und Ausländerinnen zu sehen. Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung ist für den Aufschub zu entscheiden, wenn dies die Resozialisierung begünstigt. Die Landesverweisung darf hingegen nicht aufge-

schoben werden, wenn die Chancen der Wiedereingliederung für die Betroffenen im Ausland ebenso gut oder besser sind als hier. Allgemeine Unterschiede zwischen der Schweiz und dem Ausland, z. B. hinsichtlich Arbeitsmarkt oder Sozialeinrichtungen, sind dabei nicht in Betracht zu ziehen.

Der Bundesrat verwies auf diese Rechtslage bereits in seiner Stellungnahme vom 11. September 1985 zur Motion Ruf-Bern vom 22. März 1985, die grundsätzlich die gleiche Gesetzesänderung wie die vorliegende Motion verlangte. Der Nationalrat lehnte 1986 die Ueberweisung der Motion Ruf mit 82 gegen 3 Stimmen ab (AB 1986 N 346). Der Bundesrat betonte damals, dass die Möglichkeit des probeweisen Aufschubs der Landesverweisung nicht nur aufgrund kriminalpolitischer Ueberlegungen, sondern auch durch den Verfassungsgrundsatz rechtsgleicher Behandlung geboten sei. Denn dieser Möglichkeit bedarf es, um den mit gerichtlicher Landesverweisung bedachten Personen die bedingte Entlassung grundsätzlich unter den gleichen Bedingungen gewähren zu können wie allen andern Strafgefangenen. Dies ist eine rechtsstaatliche Konsequenz des Anspruchs, in unserem Land delinquierende Ausländerinnen und Ausländer der schweizerischen Strafhoheit zu unterwerfen. Wenn für ausländische Straftatlassene die Aussicht auf Bewährung in der Schweiz besser ist oder überhaupt nur hier ernsthaft besteht, soll ihnen diese Resozialisierungschance jedenfalls nicht durch die Nebenstrafe der Landesverweisung verbaut werden. Zu denken ist dabei an Personen, die eine starke Beziehung zu unserem Land haben, etwa weil sie sich schon vor ihrer Straffälligkeit längere Zeit hier aufhielten oder weil auch ihre Familie in der Schweiz lebt.

Ausländerinnen und Ausländer werden indessen oft aufgrund von Artikel 10ff. des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (Anag) aus der Schweiz ausgewiesen, obwohl die gegen sie vom Strafrichter angeordnete Landesverweisung aufgeschoben wurde. Das liegt an den unterschiedlichen Zielen von Strafgesetzbuch und Anag. Die Resozialisierung ist nur eines unter mehreren Kriterien, die für die Ausweisung nach Artikel 10ff. Anag massgebend sind. Eine solche Ausweisung aufzuschieben ist gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung unzulässig. Gleichwohl behält die Möglichkeit des Aufschubs der gerichtlichen Landesverweisung einen Sinn, solange das Strafgesetzbuch die Landesverweisung als Nebenstrafe vorsieht. Denn diese reicht weiter als die Ausweisung nach Anag. Letztere kann bei veränderten Verhältnissen neu geprüft werden, und allenfalls wird eine befristete Einreisebewilligung erteilt, was für die Resozialisierung der betroffenen Person bereits von Nutzen sein kann. Die strafrechtliche Landesverweisung bedeutet dagegen – die Begnadigung vorbehalten – für ihre ganze Dauer ein grundsätzlich unwiderrufliches Verbot der Einreise.

Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen erlauben also bei der Ausweisung eine strenge Praxis, wo diese angebracht scheint. Eine Verschärfung des Gesetzes ist daher nicht notwendig. Gemäss Vorentwurf der Expertenkommission zur Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches, der im Laufe dieses Jahres in die Vernehmlassung geschickt wird, soll indessen künftig auf die Landesverweisung als strafrechtliche Sanktion verzichtet werden. Das teilweise widersprüchliche Nebeneinander von strafrechtlicher und fremdenpolizeilicher Landesverweisung wäre damit beseitigt; die Ausweisung würde sich fortan allein nach den im Anag festgelegten Kriterien richten. Das entspräche auch den meisten ausländischen Gesetzgebungen.

Aus den dargelegten Gründen lehnt der Bundesrat die Motion ab.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 8 mars 1993

En vertu de l'article 55 alinéa 2 du Code pénal suisse (CPS), l'autorité compétente ne peut se déterminer à différer à titre d'essai l'expulsion inconditionnelle ordonnée par un tribunal à l'encontre d'un étranger ou d'une étrangère que lorsqu'il a été antérieurement décidé de libérer conditionnellement l'intéressé. Cette relation n'est souvent pas respectée. Selon l'article 38 chiffre 1 CPS, une personne condamnée, qu'elle

soit de nationalité suisse ou étrangère, lorsqu'elle aura subi au moins les deux tiers de sa peine, doit être élargie conditionnellement si son comportement pendant l'exécution de la peine ne s'y oppose pas et, en particulier, s'il est à prévoir qu'elle se comportera bien en liberté. La mise en liberté anticipée joue un rôle important eu égard au but primordial de la peine au sens de l'article 37 chiffre 1 alinéa premier CPS qui est la resocialisation du condamné, à savoir une réinsertion sociale qui permette d'éviter que le condamné ne retombe sous le coup de la loi à l'avenir. La compétence de différer l'expulsion des étrangers et des étrangères à titre d'essai, attribuée aux autorités chargées de l'exécution des peines, doit être considérée dans cette perspective. Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, il y a lieu de différer l'expulsion si cette mesure est de nature à favoriser la resocialisation de l'intéressé. En revanche, l'expulsion doit être exécutée si les chances de réinsertion sont aussi bonnes pour l'intéressé, voire meilleures, à l'étranger. A cet égard, il n'y a pas lieu de prendre en compte les différences d'ordre général qui peuvent distinguer la Suisse de l'étranger par exemple sur les plans du marché du travail ou des institutions sociales.

Le Conseil fédéral se réfère déjà à cette situation de droit dans sa réponse du 11 septembre 1985 à la motion Ruf-Berne du 22 mars 1985 qui exigeait sur le fond les mêmes modifications que la présente motion. En 1986, le Conseil national a refusé de transmettre la motion Ruf par 82 voix contre 3 (BO 1986 N 346). Le Conseil fédéral soulignait alors que la possibilité de différer l'expulsion à titre d'essai se justifiait non seulement pour des motifs de politique criminelle, mais aussi en raison du principe constitutionnel de l'égalité de traitement. Il est nécessaire de maintenir cette possibilité pour pouvoir garantir en principe aux personnes menacées d'expulsion judiciaire la libération conditionnelle dans les mêmes conditions que tous les autres condamnés. C'est la conséquence juridique du droit de l'Etat à soumettre les délinquants étrangers à la juridiction pénale suisse. Lorsque, pour des condamnés d'origine étrangère libérés, les chances de faire leurs preuves sont meilleures en Suisse, voire qu'elles n'existent sérieusement qu'en Suisse, cette perspective de resocialisation ne devrait en tout cas pas être compromise par la peine accessoire de l'expulsion. Il faut penser ici à des personnes qui ont des liens étroits avec notre pays soit parce qu'elles y vivaient depuis longtemps avant de commettre une infraction, soit parce que leur famille vit en Suisse.

Cependant, les étrangers et les étrangères sont souvent expulsés de la Suisse sur la base des articles 10 et suivants de la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE), bien que l'expulsion prononcée à leur encontre par le juge pénal ait été différée. Cela tient au fait que le CPS et la LSEE poursuivent des buts différents. La resocialisation n'est qu'un critère parmi ceux qui sont décisifs pour la décision relative à l'expulsion selon les articles 10 et suivants de la LSEE. Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, il n'est pas possible de différer une telle expulsion. Toutefois, la possibilité de différer l'expulsion judiciaire garde un sens aussi longtemps que le CPS prévoit l'expulsion comme peine accessoire parce que celle-ci a une portée plus large que l'expulsion au sens de la LSEE. Cette dernière peut, si la situation se modifie, être revue et au besoin une autorisation d'entrée provisoire peut être délivrée, ce qui peut déjà être utile à la resocialisation de la personne intéressée. En revanche, l'expulsion pénale implique une interdiction d'entrée par principe irrévocable pour toute sa durée.

Les bases légales actuelles permettent donc une pratique rigoureuse de l'expulsion lorsque celle-ci paraît indiquée. Il n'est dès lors pas nécessaire de rendre la loi plus sévère. L'avant-projet de la commission d'experts relatif à la révision de la partie générale du CPS, qui sera soumis dans le courant de cette année à une procédure de consultation, prévoit cependant l'abandon de l'expulsion en tant que sanction pénale. On éviterait ainsi la coexistence plus ou moins contradictoire des expulsions judiciaire et administrative, l'expulsion ne répondrait désormais plus qu'aux critères fixés par la LSEE. Cela correspondrait aussi à la plupart des législations étrangères. Pour ces motifs, le Conseil fédéral rejette la motion.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Der Bundesrat beantragt, die Motion abzulehnen.

Déclaration écrite du Conseil fédéral
Le Conseil fédéral propose de rejeter la motion.

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für Ueberweisung der Motion stimmen:

Votent pour la transmission de la motion:

Allenspach, Aregger, Aubry, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühler Simeon, Bürgi, Camponovo, Chevallaz, Cincera, Couchepin, Daep, David, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Dünki, Epiney, Etique, Eymann Christoph, Fasel, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Guinand, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jenni Peter, Keller Anton, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Maître, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Maurer, Miesch, Moser, Müller, Nabholz, Oehler, Perey, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruf, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmied Walter, Schneider, Schwab, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Stucky, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wick, Wittenwiler, Wyss Paul, Zölich, Zwahlen (102)

Dagegen stimmen – Votent contre:

Aguet, Baumann, Bäumlín, Berger, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Carobbio, Caspar-Hutter, Comby, Danuser, Darbellay, de Dardel, Diener, Dormann, Eggenberger, Fankhauser, von Felten, Gardiol, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jeanprêtre, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Poncet, Rechsteiner, Ruffy, Schmid Peter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Stamm Judith, Steiger, Thür, Vollmer, Weder Hansjürg, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger (62)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Pini, Zwygart (2)

Abwesend sind – Sont absents:

Bär, Baumberger, Béguelin, Blocher, Bodenmann, Bühler Gerold, Caccia, Cavadini Adriano, Columberg, Cotti, Duvoisin, Eggly, Engler, Fischer-Sursee, Gysin, Jaeger, Marti Werner, Matthey, Mühlemann, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Rebeaud, Robert, Scheidegger, Scherrer Jürg, Segmüller, Steiner, Strahm Rudolf, Suter, Tschäppät Alexander, Wiederkehr, Wyss William (33)

Präsident Schmidhalter stimmt nicht

M. Schmidhalter, président, ne vote pas

92.3194

Motion Zisyadis

Erhaltung der Kaufkraft der Ergänzungsleistungs-Bezüger

Maintien du pouvoir d'achat des bénéficiaires des prestations complémentaires

Wortlaut der Motion vom 3. Juni 1992

Die AHV-Renten und die Einkommenshöchstgrenze, bis zu welcher Ergänzungsleistungen beansprucht werden können, werden im Prinzip alle zwei Jahre an die Lebenskosten angepasst. Aber diese Indexierung deckt die Inflation nur teilweise ab. Es ist nicht annehmbar, dass die Armen noch ärmer werden.

Ich ersuche den Bundesrat, dringliche Massnahmen zu ergreifen, um die Kaufkraft der Empfänger von Ergänzungsleistungen zu erhalten, beispielsweise indem die Mietzinsabzüge indexiert werden oder indem die Grenze des Einkommens, das zu Ergänzungsleistungen berechtigt, heraufgesetzt wird.

Texte de la motion du 3 juin 1992

Les rentes AVS et le plafond donnant droit aux prestations complémentaires sont, en principe, indexés tous les deux ans au coût de la vie. Mais cette indexation ne couvre que partiellement l'inflation. Il n'est pas admissible que les pauvres deviennent encore plus pauvres.

Je demande au Conseil fédéral d'engager des mesures urgentes pour maintenir le pouvoir d'achat des bénéficiaires des prestations complémentaires, par la voie d'une indexation des déductions de loyer ou d'un relèvement des plafonds donnant droit à ces prestations.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Baumann, Carobbio, de Dardel, Goll, Jeanprêtre, Ruffy, Spielmann, Steiger (9)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 9. September 1992

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 9 septembre 1992

1. L'article 3a LPC autorise le Conseil fédéral à adapter dans une mesure convenable divers montants prévus par la LPC, notamment les limites de revenu et les montants maximaux pour les déductions de loyer, lorsqu'il fixe les nouvelles rentes selon l'article 33ter Lavs. Depuis 1975, les limites de revenu ont été élevées lors de chaque augmentation de rente dans une mesure correspondant au moins au pourcentage de l'augmentation des rentes. Si la rente minimale AVS actuelle a augmenté de 80 pour cent par rapport à 1975, la limite de revenu pour les personnes seules, quant à elle, a connu une hausse de 97 pour cent. Depuis 1966, la déduction pour loyer a été relevée dix fois. Actuellement, la déduction pour les personnes seules est de plus de 400 pour cent supérieure à celle de 1975, la déduction pour les couples, quoique moindre, est de 260 pour cent supérieure à celle de 1975.

2. La demande de l'auteur de la motion a été largement satisfaite puisqu'une modification de l'article 33ter Lavs prévoit que le Conseil fédéral peut procéder à une augmentation des rentes avant l'expiration du délai de deux ans lorsque l'indice suisse des prix à la consommation a marqué, en une année, une hausse de plus de 4 pour cent.

3. Il y aura une indexation des rentes au 1er janvier 1993. Par la même occasion, les limites de revenu et la déduction maximale possible pour le loyer seront, elles aussi, relevées.

Motion RK-NR 92.421 (Minderheit Allenspach) Landesverweisung für Ausländer

Motion CAJ-CN 92.421 (minorité Allenspach) Expulsion de délinquants étrangers

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3025
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1375-1377
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 869

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.